

6./X. 1917

Fortführung der Notstandsaktion für die Staatsbeamten.

Die Abgeordneten Dr. Baker, Dr. d'Eibert, Dr. Hofmann, Dr. Schürff, Kemetter und Genossen haben in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses einen Antrag auf Fortführung der Notstandsaktion für die Staatsangestellten (Staatsbeamten, Eisenbahnbefriedigten, staatlichen Angestellten, Staatsarbeiter und Pensionisten) und auf Beseitigung der sich nach der geltenden Verordnung ergebenden Härten eingebracht.

Nach eingehender Darlegung der finanziellen Wünsche der einzelnen Kategorien der Staatsangestellten wird die Regierung auch aufgefordert, gelegentlich der Beratung über die Steuerungszulagen auch ihre Stellung zu folgenden, für die staatlichen Angestellten höchst wichtigen Fragen darzulegen:

1. Errichtung von Krankenkassen für Staatsangestellte,
2. Einleitung einer Entschuldungsaktion,
3. Staatliche Förderung der wirtschaftlichen Organisation, insbesondere der Wohnungsfürsorge.

In formeller Beziehung wird von den Antragstellern beantragt, den Antrag ohne erste Lesung dem Staatsangestellten-Ausschuß zuzuweisen.